

**Parlamentarischer Abend der politischen
Bildungsträger im Schleswig-Holsteinischen
Landtag**

Dr. Wilhelm Knelangen

Institut für Sozialwissenschaften
– Politikwissenschaft –
Westring 400, 24098 Kiel

www.politik.uni-kiel.de
www.wilhelm-knelangen.de
wknelangen@politik.uni-kiel.de

Demokratie braucht Teilhabe – Teilhabe braucht Bildung

Redebeitrag zur Einleitung des Parlamentarischen Abends am 21.8.2012

Ein Gespenst geht um in Deutschland – und auch an anderen Orten: Die Bürgerinnen und Bürger wollen an den Entscheidungen der Politik stärker beteiligt werden, sie rufen nach größerer Transparenz und nach Möglichkeiten der Mitbestimmung. Dass das eine Nachricht ist, die in den Medien, in den Parteien und den Verwaltungen dieses Landes mit einer gewissen Unruhe aufgenommen wird, ist sehr verwunderlich. Denn die Teilhabe der Betroffenen, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, dürfte in einer Demokratie eigentlich als eine Selbstverständlichkeit gelten.

Die politische Willensbildung ist in Deutschland vor allem durch repräsentative Strukturen geprägt – durch Parlamente, parlamentarisch verantwortliche Regierungen und Verwaltungen. Wenn jetzt Bürgerinnen und Bürger den Anspruch anmelden, bei der Planung ihres Stadtviertels, bei der Verbesserung der Betreuungssituation in den Kindertagesstätten oder auch bei der Durchführung der Energiewende besser als in der Vergangenheit einzbezogen zu werden, so ist das zunächst ein Krisensymptom: die Forderung ist eine Art Misstrauensvotum der Menschen gegen die repräsentativen Strukturen. Viele Menschen haben den Eindruck, dass die Ergebnisse der Politik, aber auch die Art, wie diese Ergebnisse zustande kommen, dem Versprechen der Demokratie nicht mehr gerecht werden.

Worauf ist die Vertrauenskrise eigentlich zurückzuführen? Die Gründe sind vielfältig und sollen hier nur kurz gestreift werden: der kleiner gewordene Handlungsspielraum der Politik aufgrund realer oder vermeintlicher Sachzwänge, die Komplexität der politischen Probleme, der Wandel der traditionellen Milieus und der Substanzverlust gesellschaftlicher Großorganisationen, von den Parteien selbst geweckte überhöhte Erwartungen an die Politik bei gleichzeitigem Sparzwang, parallel dazu das Gefühl der Ungerechtigkeit, wenn Riesensummen für die Rettung von Banken und Staatshaushalten bereit gestellt werden. Nicht zuletzt: Skandale und skandalisiertes Verhalten, das den Eindruck erweckt, Politiker seien eher dem eigenen Vorteil als dem Gemeinwohl verpflichtet.

Die breite Akzeptanz, auf die sich diese Form der Demokratie in Deutschland lange stützen konnte, ist brüchig geworden. Das kann zunächst an der Wahlbeteiligung abgelesen werden, die in Deutschland seit etwa zwanzig Jahren deutlich sinkt. Bei der letzten Landtagswahl haben noch 60 Prozent der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner ihre Stimme abgegeben, die Partei der Nichtwähler war wieder einmal die stärkste Kraft am Wahltag. Die sozialwissenschaftliche Forschung zeigt parallel dazu, dass die Zufriedenheit der Bevölkerung mit dem konkreten Erscheinungsbild von Politikern und Parteien in Bund, Ländern und Kommunen abnimmt. Da gibt es zum einen seit vielen Jahren stabile Kritik an der „Performanz“ der Politik – das ist die bekannte „Politikverdrossenheit“ oder „Parteienverdrossenheit“. Es gibt aber auch Hinweise darauf, dass die Akzeptanz der demokratischen Ordnung insgesamt an Boden verliert, dass also eine „Demokratieverdrossenheit“ existiert – noch an den Rändern der Gesellschaft – das muss aber nicht so bleiben. In einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahr 2009 gaben 32 Prozent der Befragten an, die Demokratie tauge „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“, die Probleme unserer Zeit zu lösen. 22 Prozent gaben sogar an, die Demokratie sei es nicht wert, verteidigt zu werden.

Wir alle wissen: Die Akzeptanz des politischen Systems durch die Bevölkerung ist eine unverzichtbare Voraussetzung für das Gelingen eines Gemeinwesens. Welchen Beitrag könnte eine stärkere Bürgerbeteiligung spielen, um das Vertrauen wieder zu vergrößern?

- Die Qualität der Entscheidungen kann gesteigert werden, wenn zusätzliche Gesichtspunkte in die Willensbildung einfließen. Das ist auch eine Antwort auf die Krise der Parteien, die die Expertise in vielen Bereichen der Wirklichkeit gar nicht mehr vorhalten. Die Bürgerinnen und Bürger übernehmen schon jetzt die Aufgabe der Kontrolle, sie entwickeln Alternativen und zeigen Lösungen auf.
- Wenn weitere Teile der Bevölkerung an der Entscheidung mitwirken können, dann dürfte auch ihre Bereitschaft größer sein, diese Entscheidung in der Durchführung mitzutragen.
- Nicht zuletzt ist die Bürgerbeteiligung auch ein Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Kultur, in der sich die Bürgerinnen und Bürger ihrer eigenen Angelegenheiten annehmen und als Betroffene selbst ihre Belange in die Hand nehmen.

Die politischen Parteien haben auf die Vertrauenskrise reagiert und kündigen an, verloren gegangenes Vertrauen wiedergewinnen zu wollen, indem sie neue Möglichkeiten zur Mitwirkung und zur Teilhabe bieten. Schaut man sich die Wahlprogramme an, die die Parteien zur letzten Landtagswahl hier in Schleswig-Holstein vorgelegt haben, dann wird das sehr deutlich. Dialog, Beteiligung, Demokratiesommer, Mitwirkung, Partizipation allerorten. Auch die neue Landesregierung hat einen

neuen Politikstil versprochen, Ministerpräsident Torsten Albig spricht von einer „politische[n] Kultur mit Dialog, Transparenz und Teilhabe“.

Damit ist freilich noch nicht die Frage beantwortet, mit welchen Instrumenten und Verfahren die Bürgerbeteiligung konkret gestärkt werden kann. Geht es nur darum, die Mitwirkung in den traditionellen Institutionen wie Parteien und Gewerkschaften zu erleichtern und die Hürden für Abstimmungen des Volkes zu senken? Oder müssen ganz neue Wege der Bürgerbeteiligung gesucht werden, die sich jenseits der etablierten repräsentativen Strukturen befinden? Soll sie um Instrumente der direkten Demokratie wie Volksbegehren und Volksabstimmung ergänzt werden, und wenn ja, in welchem Umfang? Sollen Plebiszite auch dann verbindlich sein, wenn sich nur eine kleine Minderheit der Berechtigten daran beteiligt? Kann man kleineren Gruppen von Betroffenen – z.B. Stadtteilen oder Straßenzügen – die Entscheidung ihrer eigenen Belange übertragen, ohne dass eine Repräsentativversammlung darüber wacht? Oder muss man völlig umdenken und anstelle langwieriger Sitzungen und Redelisten das Internet und das web 2.0 für die Vorbereitung und die Durchführung von Entscheidungen nutzen?

Wie immer die Antworten auf diese Fragen ausfallen: Am Anfang einer Diskussion über Bürgerbeteiligung sollte die Feststellung stehen, dass es nicht allein darum gehen kann, immer dann gegen Entscheidungen der Politik vorzugehen, wenn sie individuelle Nachteile mit sich bringen. Wer Bürgerbeteiligung mit dem Protest gegen den Bau einer Straße oder die Ansiedlung eines Kindergartens gleichsetzt, pocht letztlich nur auf ein persönliches Vetorecht gegen kollektiv getroffene Entscheidungen. Sich gegen einzelne Vorhaben zu wehren, ist in der Demokratie selbstverständlich legitim. Die Forderung nach stärkerer Bürgerbeteiligung sollte sich aber nicht darauf beschränken, sondern daran messen lassen, inwiefern sie einen Beitrag dazu leisten kann, das Gemeinwohl insgesamt zu stärken.

Das deutet schon darauf hin, dass eine wirksame Bürgerbeteiligung davon lebt, dass die Menschen bereit sind, sich über den eigenen Tellerrand hinaus zu engagieren. Die gegenwärtige Tendenz vieler Bürgerinnen und Bürger, sich selber ausschließlich als Objekt der Politik zu begreifen, müsste daher umgekehrt werden. Eine neue Kultur der Bürgerschaft würde freilich auch die Bereitschaft voraussetzen, sich mit längeren und komplizierter gewordenen Entscheidungsprozessen abzufinden. Bürgerbeteiligung bedarf eines langen Atems. Eine Herausforderung ist die Bürgerbeteiligung noch aus anderen Gründen:

- Die etablierten Strukturen des politischen Prozesses haben den Vorteil der klaren Zuständigkeit und der bekannten Kompetenzen. Die Geschäftsordnungen, Gesetze und Satzungen haben jeweils festgelegt, wer wem zu welchem Zeitpunkt Bericht erstattet, welche Teile der Entscheidung der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden müssen, nach welchen Kriterien die Einwände geprüft werden müssen usw. Die Bürgerbeteiligung dagegen ist prinzipiell offen, sie kennt keinen

genauen Adressaten, keine klare Zielgruppe. Damit Enttäuschungen nicht vorprogrammiert sind, sollte daher genau festgelegt werden, mit welchem Ziel Bürgerbeteiligung angetrieben wird.

- Zum zweiten darf Bürgerbeteiligung nicht dazu führen, dass die gut gebildeten und sozial abgesicherten Aktivbürger das Feld dominieren und die Interessen derjenigen übersehen, die sich nicht so gut artikulieren können. Die Erfahrung zeigt, dass die gebildete Mittelschicht sich viel besser organisieren und durchsetzen kann.
- Drittens: Bürgerbeteiligung kostet Geld. Damit es nicht beim „Schön, dass wir darüber geredet haben...“ bleibt, muss das ganze gut vorbereitet und moderiert, müssen die Ergebnisse gesichert und redaktionell bearbeitet werden.
- Der Ruf nach mehr Bürgerbeteiligung lebt von dem Vorwurf, die Entscheidungsprozesse seien nicht transparent und die Menschen hätten nicht genügend Informationen. Das ist nur auf den ersten Blick richtig. Genau genommen sind es nicht die zu wenigen, sondern die zu vielen Informationen! Es bedarf daher ganz neuer Vermittlungsbemühungen, um das Relevante vom Nicht-Relevanten zu unterscheiden. Das stellt auch völlig neue Anforderungen an die Verwaltung, die die „Übersetzung“ der politischen Entscheidungen in Richtung der Bürgerschaft leisten müsste.

Damit sind wir schon bei der Frage, welche Rolle politische Bildung in diesem Prozess einer Stärkung der Bürgerbeteiligung spielen kann. Meine These lautet: Politische Bildung wird zur Schlüsselressource, wenn das Projekt der Bürgerbeteiligung zu einer Stärkung der Demokratie führen soll. Dazu abschließend einige Gedanken.

- Zunächst: Wenn Partizipation und Bürgerbeteiligung gelingen soll, dann bedarf es dafür Kompetenzen.
 - Die Kompetenz, eine komplexe gesellschaftliche, ökonomische und politische Lage einschätzen zu können,
 - seine eigenen Interessen vorbringen zu können,
 - aber auch sich in die Interessen und Gesichtspunkte des Anderen hineinzuversetzen,
 - die Tragweite von politischen Entscheidungen abschätzen lernen,
 - Kompromisse schließen zu lernen.

Politische Bildung hat genau das zum Ziel: es geht ja gerade nicht darum, eine bestimmte Position, eine bestimmte Haltung zu fördern, sondern zur Bildung eines eigenen Urteils anzuregen. Wenn es stimmt, was ich gerade zur Bürgerbeteiligung gesagt habe, dann wird das immer wichtiger.

- Zweitens: Politische Bildung war immer mehr als Institutionenkunde, denn eine Orientierung an den formalen Institutionen unserer Demokratie ist wichtig. Sie muss aber dringend ergänzt werden. Vereinfacht gesagt: Politik findet auch dort statt, wo nicht Politik drauf steht. Die Frage einer nachhaltigen Ernährung, die Situation am Arbeitsplatz oder die Wahrnehmung individueller

Bildungs- und Aufstiegschancen – all das sind im Kern *auch* politische Fragen, und es ist Aufgabe der politischen Bildung, die Verbindung zwischen der Lebenswelt der Menschen und „der Politik“ herzustellen.

- Drittens: Politische Bildung hat auch eine dezidiert soziale Dimension. Die Interessen vermeintlich bildungs- und „politikferner“ Menschen können vielfach übersetzt werden als „politische Interessen“. Deshalb stimmt es nicht immer, dass sich diese Menschen „nicht für Politik interessieren“. Sie können „nur“ mit der etablierten Politik wenig anfangen. Dieser Befund setzt das Nachdenken über neue Methoden der politischen Bildung voraus, die weniger auf die Artikulationsfähigkeit der Teilnehmer/innen setzen. Politische Bildung ist zu sprech- und textbasiert.
- Schließlich: Politische Bildung sollte ihr Augenmerk nicht nur auf Jugendliche richten, die vielfach über den Resonanzverstärker Schule noch gut erreicht werden können. Politische Bildung ist aber kein Vorrecht der Jugend, sondern sollte zur Grundausstattung der – auch im weiteren Sinne – politisch handelnden Menschen gehören. Auch Erwachsene sollten Zeit und Raum haben, sich mit der Gestaltung unseres Zusammenlebens auseinanderzusetzen.

Viele der soeben genannten Herausforderungen werden von den Trägern der politischen Bildung längst angegangen und in neue Formate und Projekte umgesetzt. Insofern hat die politische Bildung sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Ich bin sehr gespannt auf die Vielfalt der politischen Bildung, die uns heute Abend präsentiert wird.